

Kanzler Merz skeptisch: SPD plant AfD-Verbot trotz Widerstand

Die deutsche Regierung diskutiert skeptisch über ein AfD-Verbot, während der Verfassungsschutz die Partei als rechtsextrem einstuft.



Berlin, Deutschland - Die Diskussion um die rechtsextreme Alternative für Deutschland (AfD) nimmt in der deutschen Politik derzeit an Fahrt auf. Die SPD hat auf ihrem Parteitag den Beschluss gefasst, ein Verfahren zur Vorbereitung eines AfD-Verbots einzuleiten, was die Regierung in eine heikle Position bringt. Kanzler Friedrich Merz äußerte jedoch Skepsis gegenüber einem solchen Verbot und betonte, dass die Politik vielmehr die inhaltlichen Gründe für die Wählerschaft der AfD angehen sollte. Regierungssprecher Stefan Kornelius bestätigte dies und erklärte, dass die SPD sich nicht für ein sofortiges Verfahren ausgesprochen habe. Die Arbeitsgruppe, die sich mit einem möglichen Verbot befasst, wird in den nächsten Wochen Materialien sammeln, um die Situation zu bewerten. **oe24**

berichtet.

Ein entscheidender Hintergrund für diese Diskussion ist die Einstufung der AfD als „gesichert rechtsextrem“ durch den Verfassungsschutz. Diese Entscheidung sorgte für diverse Reaktionen, sowohl innerhalb der Politik als auch in der Öffentlichkeit. Der Verfassungsschutz stützt seine Bewertung unter anderem auf die Äußerungen von AfD-Politikern im Wahlkampf sowie auf deren Umgang mit Menschen mit Migrationsgeschichte. Besonders hervorgehoben wurden beispielsweise rassistische Äußerungen und die Vorstellung einer ethnisch definierten deutschen Staatsbürgerschaft. Während die SPD und die Grünen den Verfassungsschutz in ihrer Bewertung unterstützen, hat die AfD vehement Protest eingelegt und kündigte rechtliche Schritte gegen die Einstufung an. **ZDF berichtet.**

Reaktionen auf die Einstufung der AfD

Die Reaktionen auf die Einstufung der AfD durch den Verfassungsschutz sind gespalten. Bundesinnenministerin Nancy Faeser betont die Neutralität des Verfassungsschutzes, während Grünen-Politiker die Union, insbesondere Jens Spahn, für deren Normalisierungspolitik gegenüber der AfD kritisieren. Die Diskussion wird von den Worten eines Politikwissenschaftlers begleitet, der weist darauf hin, dass diese Einstufung als Hindernis für die weitere Normalisierung der AfD wahrgenommen wird. **Zusätzliche Zahlen und Fakten gibt es im Verfassungsschutzbericht.**

Zu den Sicherheitsaspekten gehört es, dass Mitglieder der AfD, die als rechtsextrem gelten, keinen Zugang zu Waffen oder sensiblen Daten haben sollten. Die rechtsextremistischen Aktivitäten in Deutschland zeigen laut Verfassungsschutz ein alarmierendes Potenzial. So gab es 2024 einen Anstieg der rechtsextremistischen Straftaten um 47,4 % auf insgesamt 37.835 Delikte im Vergleich zum Vorjahr. Die rechtsextremistische Gewalttaten stiegen ebenfalls, was auf

eine zunehmend gewaltsame Radikalisierung innerhalb dieses Spektrums hindeutet.

Insgesamt bleibt die AfD, trotz ihrer Einstufung als rechtsextrem, in den bundesweiten Umfragen stark und liegt auf Platz zwei. Der innerparteiliche Druck innerhalb der Union wächst, insbesondere im Hinblick auf den Umgang mit der AfD. Generalsekretär Carsten Linnemann bekräftigt, dass es keine Zusammenarbeit mit der AfD geben wird, während Merz betont, dass die politische Debatte inhaltlich angegangen werden muss und nicht lediglich auf ein Verbot abzielen sollte. Dies könnte die Weichen für die zukünftige politische Landschaft und den Umgang mit extremen Parteien in Deutschland entscheidend beeinflussen.

Details	
Vorfall	Rechtsextremismus
Ort	Berlin, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.oe24.at• www.zdfheute.de• www.verfassungsschutz.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at